

Zusammenfassung klimarelevanter Aspekte der Kommunalwahlprogramme 2009 der wichtigsten Kölner Parteien

Das hier vorliegende Dokument präsentiert eine Zusammenfassung klimarelevanter Aspekte in den Kommunalwahlprogrammen 2009 der wichtigsten Kölner Parteien.

Klimarelevant bezieht sich in diesem Zusammenhang auf alle Maßnahmen bzw. Maßnahmvorschläge, welche Auswirkungen auf die Emissionen von Treibhausgasen im Stadtgebiet Köln und darüber hinaus haben bzw. haben können. Positive oder negative.

Die Darstellung erfolgt anhand einer thematischen Einteilung, die sich an den klimarelevanten kommunalen Handlungsfeldern Abfallentsorgung, Energieerzeugung, Energieverbrauch bei Privathaushalten und Wirtschaft, Energieverbrauch bei städtischen und stadtnahen Institutionen, Grünflächenmanagement, Sonstiges, Stadtentwicklung und Verkehr orientiert. Da der Bereich Verkehr in allen Kommunalwahlprogrammen ausführlich behandelt wurde erfolgt hier noch eine gesonderte Einteilung anhand der Verkehrsmittel.

Um die Gefahr von Interpretationen durch Umformulierung zu vermeiden, wurden die Sätze in der Regel wortwörtlich aus den Kommunalwahlprogrammen übernommen bzw. ggf. gekürzt.

Kurzbeschreibung der klimarelevanten Inhalte der Kommunalwahlprogramme:

CDU: Wird laut Email von der CDU-Geschäftsstelle am 19.05.09 veröffentlicht

SPD: Kommunalwahlprogramm 2009-1024 der KölnSPD, per Email am 05.05.2009 zugeschickt bekommen.

Klimarelevante Aspekte finden sich vor allem in den Kapiteln Nachhaltige Stadtentwicklung, Umweltpolitik für Köln und Verkehr in Köln.

Grüne: Kommunalwahlprogramm 2009, <http://www.gruenekoeln.de/kreisverband/aktuelles-thema/mitgliederversammlungen/mv-2008-12-08/wahlprogrammverabschiedet.html> [05.03.09]

Neben einem eigenen Programmteil zum Thema Energie und Klimaschutz finden sich hauptsächlich auch klimarelevante Aspekte in den Programmteilen Ökologisches und nachhaltiges Köln, Stadtentwicklung und Verkehr.

FDP: „Köln kann mehr, Köln entwickeln, bewegen und beleben, <http://www.fdp-koeln.de/index.php?l1=7&l2=0&l3=1&pid=882&kid=14>, [27.03.09]

Ein eigenständiges Kapitel über Klimaschutz bzw. Umweltschutz allgemein findet sich nicht im Wahlprogramm der FDP. Klimarelevante Informationen wurden hauptsächlich dem Kapitel 2 Mobilität entnommen.

Die Linke.: „Für ein solidarisches Köln“, http://www.die-linke-koeln.de/wahlen/kommunalwahl_2009/ [26.03.09]

Das Kommunalwahlprogramm von Die Linke. beinhaltet hauptsächlich im achten Kapitel „Ökologie, Umwelt und Naturschutz“ und im Kapitel 7 „Verkehr“ einige klimarelevante Aspekte. Des Weiteren sind die Kapitel 5 (Stadtentwicklung) und 6 (Wohnen) von Bedeutung.

Thematisch eingeteilte Darstellung der klimarelevanten Inhalte der Kommunalwahlprogramme

	Abfallentsorgung
CDU	
SPD	Ausweitung der Verwertungsquoten; Unterstützung einer Intensivierung von Beratungen zum Thema Abfall/Sauberkeit in den schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen; Ablehnen der Verbrennung von Müll aus dem Ausland;
Grüne	Abfallvermeidung ist vorrangiges Ziel, Bedingungen für Abfallvermeidung und Recycling weiter verbessern; Ausweitung der Recyclingcenter; Schaffung der Möglichkeit zur getrennten Papiersammlung für alle Haushalte; Verstärkte Aufklärungsarbeit in Kindergärten und Schulen;
FDP	Müll soll stufenweise wieder in eine Tonne kommen; moderne industrielle Sortiertechniken erlauben, die Wertstoffe automatisch aus dem Müll auszusortieren;
Linke	Rekommunalisierung der AVB; Förderung der Müllvermeidung durch kommunale Gebührengestaltung; weitgehender Ausstieg aus der Müllverbrennung; Erweiterung der Recyclingcenter; Aufklärungsarbeit in Schulen und Kindergärten zur Abfallminderung;

	Energieerzeugung und -versorgung
CDU	
SPD	Pädagogische Maßnahmen zu Energiesparen in Schulen; offensive Unterstützung der Nutzung von Sonnenenergie und Erdwärme; Ausbau der Nutzung von Wasserstoff (u.a. Nebenprodukt der PVC-Herstellung im Chemiegürtel); Fortsetzung Ausbau Erneuerbare Energien von RheinEnergie; Setzen auf dezentrale Energieversorgung mit Kraft-Wärmekopplung; schrittweise Erhöhung des zugekauften Anteils an Ökostrom; Ausübung des Einflusses auf städtische Gesellschaften ausüben (GAG, Rheinenergie, Köln-Bäder GmbH), um Erneuerbarer Energien zu fördern; Ausbau und Verdichtung des Fernwärmenetzes unter Inkaufnahme von Vorlaufkosten bzw. Erschließung von Nahwärmeinseln (z.B. durch Nutzung vorhandener BHKW); Erstellung eines Katasters für Bürger-Solaranlagen auf städtischen Dächern; Sozialtarife in Verbindung mit Energieberatung;
Grüne	Vorrang haben Maßnahmen, welche den Verbrauch reduzieren, bspw. Wärmedämmung; dann noch benötigten Energie durch hocheffiziente Erzeugung, wie z. B. gekoppelte Erzeugung von Fernwärme und Strom im Heizkraftwerk in Niehl; es muss ein immer größerer Anteil des Kölner Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen kommen; Einführung von Stromspartarifen, bei denen geringer Stromverbrauch belohnt wird; deutlicher Ausbau der Stromproduktion aus erneuerbaren Energiequellen (z.B. Wind , Solarenergie, Biogas etc.);
FDP	<i>Keine diesbezüglichen Informationen im Kommunalwahlprogramm 2009</i>
Linke	RheinEnergie soll Teil des Gewinns für Sozialtarife (Strom und Gas) für Köln-Pass-Inhaber nutzen und dies mit Energiesparmaßnahmen verbinden; Rekommunalisierung der RheinEnergie;

	Energieverbrauch bei Privathaushalten und Wirtschaft
CDU	
SPD	Energiebewusste Stadterneuerung durch bessere Wärmedämmung erneuerbarer Energien; Vorbild sind Mustersanierungen der GAG; Schaffung einer „Koordinierungsstelle ökologisches Bauen“ als Beratung für Bürger; Umsetzung des Programms „Planen nach der Sonne“; energetische Sanierung der Wohnungsbestände (erneuerbarer Energien, Brauch- und Regenwassernutzung); Finanzierung von A++ Elektrogroßgeräte durch Einnahmen aus Netzgebühren, Rückzahlung erfolgt durch Stromeinsparungen, verbunden mit kommunaler Informationskampagne da EU-Label veraltet sind; Verteilung von Energiesparlampen an sozial schwache Haushalte; Umsetzungsinitiativen für Sanierung des Wohnungsbestandes in Ergänzung von Förderprogrammen des Bundes; gemeinsam mit Uni und Verbänden sollen Beratungsangebote für betriebliches Umweltmanagement entwickelt werden, unter Nutzung schon bestehender Instrumente von Bund und Ländern;
Grüne	Zielgruppenspezifische Energieberatung in Kooperation mit Wohnungsgesellschaften und sozialen Hilfsdiensten; Senkung des Energieverbrauchs bei Gewerbe und Industrie durch das Projekt „Ökoprofit“ (Energiesparberatung für Betriebe); Kommunales Programm zur Energetischen Sanierung des Wohnungsbestandes;
FDP	<i>Keine diesbezüglichen Informationen im Kommunalwahlprogramm 2009</i>
Linke	GAG soll KfW-Programm nutzen und ihre Gewinne in energetische Sanierung im sozialen Wohnungsbau verwenden; kommunales Beschäftigungsprogramm für ökologisch orientierte Sanierung im öffentlichen Wohnungsbau; Anreize schaffen, damit BürgerInnen auf umweltfreundliche Fahrzeuge umsteigen (z.B. kostenloses Parken für Fahrzeuge < 5l/100km oder Gas-, Elektro- oder Hybridfahrzeuge);

	Energieverbrauch von städtischen und stadtnahen Institutionen
CDU	
SPD	Die KölnSPD setzt sich dafür ein, dass das beschlossene Programm „Energiemanagement“ der Stadt zügig umgesetzt wird, Ziel ist eine jährliche Energieeinsparung von 5 Prozent in den städtischen Gebäuden, der jährliche Energiebericht soll verbessert, standardisiert, fortgeschrieben und veröffentlicht werden;
Grüne	Beschleunigte Sanierung der stadt eigenen Gebäude; Einführung des Passivhausstandard für städtische Neubauten; Pädagogische Konzepte zum Energiesparen an Schulen und Kindergärten;
FDP	<i>Keine diesbezüglichen Informationen im Kommunalwahlprogramm 2009</i>
Linke	Bei Neuanschaffungen im städtischen Fuhrpark müssen zwingend ökologische Aspekte berücksichtigt werden, kein PKW soll mehr als 5l/100km verbrauchen, Fahrzeuge für den Einsatz im innerstädtischen Bereich sollen Elektrofahrzeuge sein;

	Grünflächenmanagement
CDU	
SPD	Keine Gefährdung des Grüns in unserer Stadt; Grün muss nicht nur gepflanzt, sondern auch erhalten und gepflegt werden; Die innerstädtischen Grünflächen sollen so ausgebaut werden, dass in jedem Stadtbezirk stadtteilnahe kleinere Grünflächen geschaffen werden; Zusammenhängende Grünflächen, wie zum Beispiel die Rennbahn, müssen erhalten bleiben; Der Ausbau des Inneren Grüngürtels soll im Kölner Süden bis zum Rhein in angemessener Breite fortgesetzt werden.
Grüne	Die Bebauung von innerstädtischen Grünanlagen wie Parks lehnen wir grundsätzlich ab; höhere Mittel für Straßenbaumpflanzungen, Baumschutz und Parkpflege; Pflanzen zusätzlicher Bäume bei Straßenumbaumaßnahmen und –rückbau; Grünausgleich: Bei Nachverdichtungen bestehender Wohnviertel werden öffentliche Grünflächen geschaffen oder aufgewertet; Erweiterung des Inneren Grüngürtels, Vernetzung der Grüngürtel und der grünen Korridore, die radial die Stadt durchziehen; Vermehrte Schaffung von wohnortnahen Kleingartenanlagen; Keine Eingriffe in Naturschutzgebiete und ähnlich hochwertige Gebiete; Festlegung und Schutz klimatisch wichtiger Freiräume, Erholungsgebiete, Grünzüge und Parks; Schaffung eines Finanzpools zur Erweiterung und Aufwertung von Grünflächen: Bei Erweiterung von Siedlungsflächen, ob für Gewerbe oder Wohnen, fließen die Grundstückserlöse der Stadt in einen Finanzpool, aus dem entsprechende Flächen erworben werden;
FDP	Die FDP fordert die Schließung des inneren Grüngürtels über das Großmarktgelände zum Friedenspark zur Aufwertung der Lebensqualität in den südlichen Stadtquartieren
Linke	Vorantreiben von Ausweisung und Vernetzung von Schutzgebieten; Förderung von Renaturierung; Keine Aufforstungen und Pflanzungen; naturnahe Waldbewirtschaftung ohne forstliche Eingriffe (außer Holzernte und Verkehrssicherung); Ausweitung des inneren Grüngürtels; Erhalt von Naturschutzgebieten; Keine Bebauung von Parks und anderen innerstädtischen Grünanlagen;

	Sonstiges
CDU	
SPD	Energieversorgung und ÖPNV sollen weiterhin in kommunaler Hand bleiben; Entwicklung regionale Initiativen zur ökologischen Industriepolitik (Automotive, Chemie, Energie) gemeinsam mit den Arbeitsmarktpartnern und dem Umland; umweltfreundlicher Einkauf und umweltfreundliche Auftragsvergabe durch die Stadt Köln und die städtischen Gesellschaften;
Grüne	Ausrichtung der Beschaffungspolitik der Kommune und der kommunalen Unternehmen an ökologischen und sozialen Kriterien; Unterstützung regionale Vermarktungskonzepte und Biomärkte unter dem Motto: „regional, ökologisch und gentechnikfrei hergestellt; Verfolgung der Ziele des „Klimabündnis europäischer Städte“ (Senkung des CO ₂ – Ausstoßes um 10% alle 5 Jahre); verbindliche Energiestandards in Bebauungsplänen und städtebaulichen Verträgen; Aufbau eines Gründernetzwerkes für regenerative Energien;
FDP	<i>Keine diesbezüglichen Informationen im Kommunalwahlprogramm 2009</i>
Linke	Soziale und ökologische Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe; Fördermaßnahmen für Unternehmen an die Einhaltung ökologischer Standards knüpfen;

	Stadtentwicklung
CDU	
SPD	neue Flächenausweisungen frühzeitig mit der Landesplanung abstimmen; Erhalt einer Mindestgröße für industrielle Kerne in Siedlungsbereichen, damit ausreichende Erweiterungsmöglichkeiten für Unternehmen; Kümern nicht nur um Großprojekte in Innenstadt, sondern alle Stadtviertel; größere Siedlungsvorhaben kurzfristig mit Anbindung an den ÖPNV; Bei der zum Teil sinnvollen Nachverdichtung bestehender Wohnungsbauareale soll behutsam vorgegangen werden; Überprüfung der Verkehrsflächen in Innenstadt auf Rückbau- und Gestaltungspotentiale; Neuplanung für Neumarkt zur Reduzierung und Verlagerung des Durchgangsverkehrs; besonderes Augenmerk auf Förderung familiengerechten Wohnens durch Entwicklung attraktiver Wohnraumangebote als Alternative zum freistehenden Einfamilienhaus im Umland; Möglichkeiten revitalisierbare Flächen voll nutzen; Ausweisung von Flächen für Wohnungen und Gewerbe künftig stärker regional abstimmen;
Grüne	Umwandlung leerstehender Büroflächen in Wohnungen; Verstärkte Nutzung von Industrie-, Bahn- und Militärbrachen sowie leerstehenden Gebäuden; Erarbeitung von Einzelhandelskonzepten mit dem Ziel, eine fußläufige Versorgung für alle bestehenden und zukünftigen Viertel zu gewährleisten und die Discounter auf der grünen Wiese mit ihren riesigen Parkplätzen zurückzudrängen; Förderung von autofreiem und autoarmem Wohnen: Dazu gehört die Bereitstellung von mehr Raum für FußgängerInnen und RadfahrerInnen; Städtische Planungen sollen sich an den Zielen der kompakten Stadt orientieren; Großflächigen Einzelhandel wollen die GRÜNEN begrenzen und „auf der grünen Wiese“ gar nicht erst zulassen;
FDP	Keine zu hohe Nahverdichtung der Stadt (z.B. RTL Gelände in der Aachener Straße, eh. DEG-Gelände in Müngersdorf); geeignete Industrie- und Gewerbeflächen brauchen Schutz vor heranrückender Wohnbebauung; Die FDP will erreichen, dass verstärkt vermarktbar, gewerbliche Flächen ausgewiesen und die Erschließungskosten reduziert werden; Interessierten Unternehmen soll beim Grundstückserwerb ein mit dem Umland konkurrenzfähiges Angebot zum "All-Inclusive-Preis" gemacht werden können;
Linke	Umlenkung der Investitionen von den Prestigeprojekten der Innenstadt hin zu bürgernahen und kleinen Maßnahmen in den Stadtteilen; Ausbau und Schutz der historisch gewachsenen Zentrenstruktur zur Ermöglichung der Stadt einer kurzen Wege; keine Genehmigung von Einkaufszentren; Stärkung der Nahversorgungsstruktur; Förderung einer angemessenen städtischen Verdichtung; Vorzug der Umnutzung von Industriebrachen gegenüber Umnutzung der grünen Wiese; Neubauten müssen optimale Wärmedämmung und die Nutzung von erneuerbaren Energien beachten; Neubauten sollen möglichst als flächensparende Geschosswohnungen in Baulücken erfolgen; In Bauleitplanung soll auf Erreichbarkeit durch ÖPNV und wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten geachtet werden; Stadtentwicklungsplanung soll Verkehr so weit wie möglich überflüssig machen bzw. Priorität auf ÖPNV, Rad- und Fußverkehr setzen;

Verkehr:

Kfz-Verkehr	
CDU	
SPD	<p>Rückbau von Straßenflächen dort, wo Stadtraum für die Verbesserung der Stadtgestalt und für eine Stärkung urbanen Lebens zurückgewonnen wird; integrierte Stadt- und Verkehrsplanung mit dem Ziel, zusätzlichen Verkehr möglichst zu vermeiden; Nutzungsmischung in den einzelnen Stadtvierteln und bessere Verknüpfung von Fußgängern, Radfahrern, Nahverkehrsnutzern und Autofahrern; Politik der „kurzen Wege“; Parkraummanagement, wo sinnvoll, auf weitere Gebiete der Stadt ausdehnen; Unterstützung von Quartiersgaragen, wo sinnvoll, mit privaten Partnern; abseits des Hauptverkehrsstraßennetzes generell die Einrichtung von Tempo-30-Zonen; Angebote, die den Verzicht auf den eigenen PKW erleichtern, sollen ausgebaut werden, vor allem Carsharing-Konzept, hier ist eine Bevorzugung von Carsharing-Fahrzeugen auf öffentlichem Parkraum zu prüfen; knappe Mittel in die Ausbesserung des maroden Straßennetzes investieren, um später sehr viel höhere Kosten für Generalsanierungen zu vermeiden; Investitionen in Straßenneubauten (Kreisverkehre und Ortsteilumgehungen) in absehbarer Zeit nur sehr schwer zu realisieren;</p>
GRÜNE	<p>Überall, wo die zulässigen Messwerte überschritten werden, setzen wir uns für ein umfassendes LKW-Fahrverbot ein; Verkehrslenkende Maßnahmen müssen bereits auf dem Autobahnring einsetzen; zur Reduzierung von Autoverkehr kann auch eine City-Maut in Betracht gezogen werden; Ausweitung der Umweltzone; Rückbau großer Durchfahrt- und Einfallstraßen mit dem Ziel, den Durchgangsverkehr zu reduzieren (z.B. Nord-Süd-Fahrt, Cäcilienstraße/Neumarkt/Hahnenstraße); Generelles Tempo 30, nur in Ausnahmefällen noch Tempo 50; Verknappung von Parkraum in der Innenstadt und Erhöhung von Parkgebühren; Beseitigung oberirdischer Parkplätze in den Einkaufszonen;</p>
FDP	<p>Mehr Quartiersgaragen und legale Stellplätze in den dicht besiedelten Vororten; Bau von Umgehungsstraßen und gut ausgebaute Straßen zur Vermeidung von Stau (z.B. Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt zwischen Schildergasse und WDR; Verlängerung des Gürtels bis zur Mülheimer Brücke); effektivere Vernetzung von Auto und ÖPNV durch intelligenten Ausbau von Park-and-Ride-Systemen; Anpassung der Stadtbahn-Taktungen in Stoßzeiten und Einführung eines Parktickets, das auch als Fahrkarte für den ÖPNV dient; dynamische Verkehrsführung, die sich den aktuellen Verkehrsflüssen anpasst, oder dem Autofahrer rechtzeitig Alternativen aufzeigt; 10 Mio. Euro Sofortprogramm, um die schlimmsten Straßenschäden zu beheben; 1.000 Parkplätze-Programm; Keine neuen Zonen für das Bewohnerparken; Die "Grüne Welle" wird wieder zur Regel, dafür ist weiterhin in eine intelligente Verkehrstechnik und das Verkehrsmanagementsystem zu investieren; Das Hauptverkehrsstraßennetz wird gestärkt; Tempo 50 soll erhalten bleiben und – wo möglich – auch höhere Geschwindigkeiten gestattet werden; Ersatz von Ampeln durch Kreisverkehre und Zebrastreifen; Das von der FDP mitinitiierte erfolgreiche Projekt „15 Minuten frei parken“ wird auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt; Der Bau von P&R-parkplätzen soll insbesondere im Umland fortgesetzt werden;</p>
Linke	<p>Verringerung und Verengung der Fahrspuren (z.B. Nord-Süd-Fahrt, Neumarkt, Ersatz einer Spur auf den Ringen durch Radweg); Ziel ist die "autofreie Stadt"; grundsätzlich Tempo-30 in Köln mit Ausnahme großer Ausfallstraßen (z.B. Aachener Straße); Förderung von alternativen Modellprojekten (Car-Sharing, Pendlernetze, autofreie Siedlung, Mitfahrzentrale); Straßenneubauten nur bei echter Entlastung für die Anwohner (z.B. LKW Entlastung durch Ortsumgehung in Fühligen); Neue Park&Ride Anlagen am Bonner Verteiler, in Refrath und Chorweiler;</p>

Radverkehr	
CDU	
SPD	Fortentwicklung der Velo-Routen und Schließung von Lücken Radwegenetz der Stadt; dabei Zusammenarbeit mit Umlandgemeinden, um durchgehende Netze zu schaffen und diese mit den Haltepunkten des ÖPNV zu verzahnen; Radwege sollen zukünftig so angelegt werden, dass sie einen Teil der Straßenfläche bilden; Bau weiterer Radstationen, wo verkehrspolitisch sinnvoll; Prüfung von weiterer Zulassung von Zweirichtungs-Radverkehr in Einbahnstraßen sowie die Einrichtung von Fahrradstraßen;
GRÜNE	bessere Kennzeichnung von Radwegen und -streifen; fahrradfreundlichere Ampelschaltungen; weiterer Ausbau des Radwegenetzes auch an Hauptverkehrsstraßen; Schaffung von Radstationen an den Bahnhöfen Köln-Süd, -West, -Ehrenfeld, -Deutz, -Mülheim; Sichere Fahrradparkplätze in Einkaufsstraßen und Wohngebieten; an Haltestellen in Außenbezirken Errichtung von abschließbaren Fahrradboxen; Unterbindung des Parkens von KFZ auf Radwegen und Radstreifen durch verschärfte Kontrollen; Ausweitung des 1000-Fahrradständerprogramms;
FDP	Radwege sollen bevorzugt abgetrennt gebaut werden; Errichtung von Radabstellanlagen oder Haarnadeln an bedarfsgerechten Standorten wie z.B. U-Bahn-Haltestellen ist voranzutreiben; Verbesserung und Ausbau von Fahrradstationen, z.B. am Südbahnhof, ggf. in Zusammenarbeit mit privaten Investoren oder Deutsche Bahn sind anzugehen; Instandsetzung beschädigter Fahrradwege; unechte Einbahnstraßen, wo möglich;
Linke	Errichtung von Fahrradparkhäuser an den Bahnhöfen Deutz, Mülheim Ehrenfeld und Südbahnhof; besser Anbindung an das Radnetz von Fahrradstation am Breslauer Platz; sofortiges Maßnahmenpaket zur Sanierung und Verbesserung des Radwegenetz (z.B. Zülpicher Straße, Venloer Straße); grundsätzlich ist Fahrradschutzstreifen Vorrang zu geben;

ÖPNV-Verkehr	
CDU	
SPD	Ausbau Bike+Ride- sowie Park+Ride-System, Verbesserung der Kapazität der besonders belasteten Innenstadt-Strecke, Optimierung ebenerdiger Einstiege, Barrierefreiheit, Erhöhung der Fahrplantreue und der Verbesserung der Anschlusssicherheit, Vorrangschaltung für ÖPNV, Ausbau der Informationssysteme für die Fahrgäste; Anteil des ÖPNV am Gesamtverkehr (derzeit 21 Prozente) deutlich steigern durch Ausbau ÖPNV und Ausweisung neuer Siedlungsflächen mit Priorität in der Nähe von Haltestellen des ÖPNV; Tragende Säule eines integrierten Verkehrskonzepts ist ÖPNV (einschl. Taxis); Grundsätzlich Investitionen in Streckenausbau, Betrieb und Service Vorrang vor Ausgaben für Komfort; Schwerpunktprojekte zur Netzerweiterung: Weiterbau Linie 3, Ausbau Deutzer Bahnhofs und Hauptbahnhofs, Verlängerungen der Linien 1, 7, 5, Nord-Süd-Stadtbahn; Verbesserung Bussystem in Stadtteilen sowie Abend- und Nachtstunden; emissionsarme Busse (Hybrid, Wasserstoff); mehr Sicherheitspersonal an problembehafteten Haltestellen; mehr Begleitpersonal nachts in den Bahnen; Verdichtung der Taktung; bauliche Verbesserung von Haltestellen und deren Umgebung;
GRÜNE	Planungen zu einem S-Bahn-Westring auf den Weg bringen; Bau und Planung weiterer Stadtbahnstrecken (Bonner Str., Verlängerung Linie 13, Anbindung von Langel, Widdersdorf, Zündorf, Esch und Pesch); Verbesserung des ÖPNV in den Außenbezirken durch bessere Anschlussmöglichkeiten; Schaffung von Bus- und Expressbuslinien auf eigenen Busspuren (z.B. Unibus auf der Inneren Kanalstraße, Anbindung des Rheinauhafens, Citybus Nord-Süd-Fahrt); Ausbau des Nachtverkehrsangebotes in der ganzen Stadt; Verbesserung der Sicherheit des ÖPNV durch FahrgastbetreuerInnen;

FDP	Nord-Süd-Bahn von der Marktstraße zum Bonner Verteiler ausbauen; gesunde und gut ausgebaute Mischung aus individuellem und öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) mit intelligenten Lösungen; die den Barbarossaplatz kreuzenden Straßenbahnen sollen unterirdisch verlegt werden; ÖPNV-Leistungen möglichst ausschreiben; Köln benötigt ein Netz von Nachtbuslinien; 10-Minuten-Takt am Wochenende und zu Nachtzeiten; Planung einer Ost-West-U-Bahn vom Heumarkt bis zum Aachener Weiher, dadurch autofreier Neumarkt möglich; Beleuchtungs- und Sichtkonzept für Stadtbahn- und Bushaltestellen; Wiedereinführung des Straßenbahnschaffners wenigstens in den Abend- und Nachtstunden auf den vielbefahrenen Strecken;
Linke	Köln Pass für ÖV; Verbesserung und massiver Ausbau des ÖPNV (z.B. Stadtbahn von Bahnhof Mülheim bis Porz/Wahn; Buslinie auf Innerer Kanalstraße von Nippes bis Uni, Ausbau Linie 7 von Zünderdorf nach Langel; Erschließung von Pesch/Esch und Auweiler durch Linie 15); künftig keine U-Bahn-Bauten mehr; Straßenbahnen gehören an die Oberfläche; langfristig sind massive Preissenkungen und neue Tarifformen für den ÖPNV anzustreben; in jeder Bahn muss ein Schaffner mitfahren, der auch Tickets verkauft und berät; die gesamte Busflotte soll nach und nach mit Hybridtechnik fahren; Verknüpfung von Hbf und Bf Deutz durch Erweiterung der Hohenzollerbrücke mit Schienen, Fußgängerüberweg und Radweg; Generelle Vorrangschaltung für Bus und Bahn; durchgängiger Nachtverkehr auf allen Stadtbahnlinien im Halbstundentakt; Nachttaxen von den Endhaltestellen aus; spezielle Discobusse;

Fußverkehr	
CDU	
SPD	Fußgänger sind bei der Planung von Straßen oder Kreuzungspunkten wesentlich stärker als bisher zu berücksichtigen; eine "Ampel-Odyssee" beim Überqueren einer Straße oder Kreuzung ist für Fußgänger nicht zumutbar;
GRÜNE	Breite Gehwege; Ersetzen von unnötigen Ampeln, zum Beispiel durch Zebrastreifen; Keine Anforderungsampeln; kurze Rotzeiten für Fuß- und Radverkehr; Breitere Aufstellflächen an Kreuzungen; Abbau von Barrieren;
FDP	<i>Keine diesbezüglichen Informationen im Kommunalwahlprogramm 2009</i>
Linke	Erweiterung der Flächen für FußgängerInnen und FahrradfahrerInnen;

Hafen/Flughafen	
CDU	
SPD	Flughafen ist bedeutend für Tourismus; KölnSPD steht zur Stärkung des Flughafens und zur Planungs- und Investitionssicherheit für die am Flughafen agierenden Unternehmen; Um Leistungsfähigkeit des Flughafens Köln/Bonn zu stärken, ist eine bessere Schienenanbindung des Flughafens mit dem Personen- und Frachtverkehr notwendig (Verlängerung der S 13 bis Bonn-Oberkassel zur Verbesserung der Anbindung des UN-Standortes Bonn, gute Anbindungen an den Regionalverkehr nach Aachen und Siegen); Langfristig werden die Menschen die Weiterentwicklung des Flughafens nur dann akzeptieren, wenn gleichzeitig vermeidbare Belastungen vermieden werden, das gilt insbesondere hinsichtlich der möglichen Zunahme von nächtlichen Passagierflügen; mehr Containerverkehr auf Bahn und Schiff verlagern;
GRÜNE	Auf den Hafenausbau Godorf wird verzichtet; Die GRÜNEN setzen sich kurzfristig für Lärmobergrenzen in der Zeit von 22 bis 6 Uhr mittels Lärm- und Bewegungskontingentierungen ein; Langfristig wollen die GRÜNEN ein Nachtflugverbot im Rahmen einer EU-weiten Regelung erreichen;

FDP	Weiterentwicklung des Deutzer Hafens; durch Ausweisung zusätzlicher Gewerbeflächen am Flughafen das Wachstum des Flughafens fördern; Für eine Verbesserung der Infrastruktur und zur Entlastung der Anwohner wollen wir eine schnellstmögliche Ausweitung des Bahnreiseverkehrs sowie einen Anschluss an das Güterverkehrsnetz prüfen; Kein Hafenausbau in Godorf;
Linke	Rhein soll auch für die Personenbeförderung außerhalb touristischer Zwecke genutzt werden; Nachtflugverbot für Passagiermaschinen; gestaffelte Start- und Landegebühren um Nachtflüge für Frachtmaschinen unökonomisch zu machen;